

WerteInitiative.

jüdisch-deutsche Positionen

WerteInitiative e.V.
Postfach 64 02 40 • 10048 Berlin
Tel: +49 (30) 2345 8020
Fax: +49 (30) 2345 8021

kontakt@werteinitiative.de
www.werteinitiative.de

/Diskussionspapier

Mai 2020

Podiumsdiskussion mit:

Thomas Haldenwang (Präsident des deutschen Verfassungsschutzes)

Dr. Irene Mihalic (Sprecherin Innenpolitik Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Armin Schuster (CDU, Obmann Ausschuss für Inneres und Heimat, ehemaliger Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss)

Volker Weiß (Autor von „Die autoritäre Revolte: Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes“)

Thema: Rechtsextremismus

Die Veranstaltung ist Teil der Veranstaltungsreihe: „360 Grad - Bedrohungen für jüdisches Leben und Gefahren für die freiheitliche Demokratie.“

Einordnung in den aktuellen Diskurs:

Spätestens seit den Anschlägen auf Walter Lübcke, die Synagoge in Halle und die Shisha-Bars in Hanau ist das Thema Rechtsextremismus nicht nur medial äußerst präsent. Während der Rechtsterrorismus in Deutschland eine lange Tradition hat und sich teilweise auf propagierte Konzepte aus der Zeit des Nationalsozialismus bezieht, werfen die aktuellsten Anschläge Fragen nach einem neuen Tätertypus auf. In diesem Zusammenhang findet aktuell eine intensive Debatte darüber statt, wie dieser Tätertypus, der oft nicht in bestehende Neonazistrukturen eingebunden ist, früher erkannt werden kann. Ein potentieller Täter, der sich nicht im herkömmlichen Sinne in der Szene bewegt, ist für die Sicherheitsbehörden nur schwer zu erkennen und eine neue Herausforderung. Welche Möglichkeiten gäbe es für die Behörden, schneller und effektiver auf solch eine Bedrohungslage reagieren zu können?

Eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, Nr. VR 36552 B
Vorstand: Dr. Elio Adler (Vorsitzender), Lydia Bergida, Daniel Kohn

Doch nicht nur Rechtsterrorismus ist aktuell ein Problem in Deutschland. Der Aufstieg der Neuen Rechten, ihr aggressiver Antiliberalismus und ihre Fremdenfeindlichkeit, setzen die Gesellschaft und die Vorstellung, wie wir gemeinsam leben wollen unter Druck. Zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 gab es 1031 Attacken auf Unterkünfte für MigrantInnen. Die Zahl ist zwar seitdem gesunken, die TäterInnen und v.a. ihre Ideologie sind weiter unter uns.

Während sich die Neue Rechte größtenteils selbst als gewaltfrei beschreibt, wird v.a. seit der Spende des Christchurch Attentäters an die Identitäre Bewegung Österreichs, der Zusammenhang neurechter Ideologie und Rechtsterrorismus diskutiert. Der Verschwörungsmythos des sog. „großen Austauschs“ wurde im deutschsprachigen Raum v.a. von der Neuen Rechten rezipiert. Einige rechtsterroristische Attentäter bezogen sich in ihren Manifesten auf diese Wahnvorstellung.

In der jüdischen Gemeinschaft gibt es eine intensive Diskussion um die Frage, ob die Neue Rechte weniger antisemitisch ist, als die sog. „alte Rechte“. Die AfD gebärdet sich in ihren offiziellen Ansprachen teilweise als Schutzmacht für Jüdinnen und Juden, während in den Wahlprogrammen Antisemitismus teilweise elementarer Bestandteil ist. Wie ist dies zu bewerten und einzuordnen?

Rechtsterrorismus ist bekanntermaßen kein neues Phänomen. Und trotzdem war die Selbstenttarnung des NSU für Politik und Sicherheitsbehörden eine Blaupause. Es folgten zahlreiche Untersuchungsausschüsse um die Versäumnisse aufzuarbeiten. Doch wurden die notwendigen Konsequenzen gezogen?

Die WerteInitiative veranstaltete auf Grund der offenen Fragen am 13. Mai 2020 eine Diskussion zum Thema Rechtsextremismus, um mit ExpertInnen aus Politik, Wissenschaft und Sicherheitsbehörden Fragen zu diskutieren, die nicht nur für die jüdische Gemeinschaft von hoher Relevanz sind. Antisemitismus ist nicht nur ein Angriff auf Jüdinnen und Juden, sondern ein Angriff auf die freiheitliche Demokratie. In der Diskussion ging es um sehr konkrete Handlungsmöglichkeiten für Politik, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft, die im folgenden Thesenpapier zueinander ins Verhältnis gesetzt werden.

Da die WerteInitiative jüdisches Leben nicht nur durch Rechtsextremismus, sondern auch durch Islamismus und Linksextremismus bedroht sieht, wird über diese zwei Themenblöcke in anschließenden Veranstaltungen diskutiert werden. Als große übergreifende Frage soll dabei der Zusammenhang zwischen Demokratiefeindlichkeit und Antisemitismus behandelt werden.

Aktuelle Situation des Rechtsextremismus/-Terrorismus:

Thomas Haldenwang:

In der „Corona-Krise“ treten klassische, antisemitische Narrative zum Vorschein. Diese sind elementarer Bestandteil des Rechtsextremismus, auch wenn sie in der Vergangenheit durch das zentrale Narrativ der flüchtlingsfeindlichen Agitation in den Hintergrund geraten sind. Mit Corona rückt das klassische Narrativ der jüdischen Weltverschwörung wieder in den Vordergrund.

Dr. Irene Mihalic:

Zwei parallele Phänomene zu beobachten: Zunahme von rechtsextremen Anschlägen und hohe Anschlussfähigkeit von rechtsextremen und populistischen Gedankengut an die Mitte der Gesellschaft. JedeR fünfte Bürger der BRD zeigt eine Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen. Rechtsextreme Gruppen und Parteien wissen das zu Nutzen.

Mit der Selbstenttarnung des NSU wurde klar, dass das Thema Rechtsextremismus und –Terrorismus auch in den Sicherheitsbehörden lange unter dem Radar war. Stichwort: Analyseunfähigkeit/schwäche. Bestehende Strukturen wurden nicht erkannt. Wechsel an der Spitze des Bundesamtes für Verfassungsschutz hat zu einem wahrnehmbaren Wechsel in der Sensibilität mit dem Thema geführt.

Sicherheitsbehörden alleine reichen nicht um Rechtsextremismus effektiv zu bekämpfen. Prävention ist ebenfalls wichtig und notwendig.

Die Neue Rechte, Antisemitismus und ihr Zusammenhang zum Rechtsterrorismus

Volker Weiß

Der Begriff „Neue Rechte“ ist ein rein operativer Begriff. Er wird wissenschaftlich und journalistisch benutzt um ausdifferenzieren. Die deutsche Rechte hat eine heterogene Geschichte. Im öffentlichen Diskurs wird sich aus guten Gründen auf den Komplex des Nationalsozialismus fokussiert. Dies unterschlägt jedoch, dass die deutsche Rechte eine längere Geschichte hat. Es gab Vorgängerstrukturen die weit vor 1933 begannen.

Die Neue Rechte ist eine Strömung, die sich selbst als intellektuelle Strömung begreift. Das Ziel ist sog. „Metapolitik“, mit der man in den kulturellen Raum eindringen möchte, um Politik darauf aufbauend zu machen. Als intellektuelle Strömung gibt sie sich weniger aktivistisch.

Unterscheidung zwischen „Neue Rechte“ und „Alte Rechte“ teilweise nur schwer möglich

Die Neue Rechte ist nicht weniger antisemitisch. Die Debatte, weil man sich gegen Flüchtlinge richtet, sei man ein Bollwerk gegen Antisemitismus, ist fadenscheinig. Identitätskonstruktionen der Neuen Rechten enden zwangsläufig in antisemitischen Bildern. Man geht von überhistorischen Völkern aus, die bestimmte Eigenschaften haben. Es wird auch in Punkto Judentum von bestimmten National- und Sozialcharakteren gesprochen, die sich über die Jahrtausende kaum verändern. In der Neuen Rechten

Diskussionspapiere wurden auf Basis von Expertenäußerungen auf unseren Veranstaltungen oder Treffen erstellt. Deren Namen sind i.d.R. darauf angegeben. Sie stellen nicht unsere Vereinsmeinung dar, erscheinen uns aber für die Meinungsbildung zum jeweiligen Thema interessant.

werden Jüdinnen und Juden Eigenschaften zugeschrieben, die die klassischen antisemitischen Stereotype aufweisen.

Thomas Haldenwang

Zusammenhang zwischen Wirken der Neuen Rechten und Rechtsterrorismus muss aufgezeigt werden. Die Ideologie verbreitet Hassbotschaften gegen Minderheiten. Dies fördert die Radikalisierung von möglichen Tätern.

Möglichkeiten und Notwendigkeit von zivilgesellschaftlichem Engagement

Thomas Haldenwang

Rolle der Zivilgesellschaft ist wichtig: Fremdenfeindlichkeit ist Bestandteil von Stammtischen und Debatten in Fußballvereinen. Der Bürger muss widersprechen und Grenzen setzen. In extremen und besonders begründeten Fällen kann das Hinweistelefon des Verfassungsschutzes eine Möglichkeit darstellen.

Volker Weiß

Bekämpfung von extrem rechtem Gedankengut nicht mit technischen Mitteln alleine möglich. „Neue Rechte“ versucht diskursive Verschiebung herbeizuführen, die im bürgerlichen Lager aktuell auch stattfindet. Auch konservative Politiker benutzen Begriffe wie z.B. die Notwendigkeit einer sog. „Konservativen Revolution“. Die 68er, oder die Grünen werden als großes Anti-Bild beschworen.

Zivilgesellschaftliches Engagement wird einem nicht unbedingt gedankt, auch nicht unbedingt von Seiten der Behörden. Auch die Debatte um sog. „Gut-Menschen“ ist weit bis ins bürgerliche Lager vorgedrungen. Widersprechen und widerlegen von Argumenten ist zentral. Konstrukte wie der sog. „große Austausch“ können zurückgewiesen werden. Dieses hat keinerlei Realitätsgrundlage. Behauptungen, wie dass sich die deutsche Identität seit 1945 nur um die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen der Shoah drehen würde, ist schlichtweg falsch. In der „Neuen Rechten“ wird gerade dieser antisemitische Narrativ immer wieder bemüht. Das stimmt weder mit der wissenschaftlichen, noch mit der feuilletonistischen Debatte überein. Solche Aussagen können und müssen fundiert zurückgewiesen werden.

Schutz jüdischen Lebens / Ist jüdisches Leben in Deutschland noch sicher?

Armin Schuster

Ja, und das leider unter großem Schutz. CDU BT-Fraktion sieht Schutz jüdischen Lebens als Kernauftrag. Zur Wahrheit gehört, dass es kaum zu bewältigen ist jede jüdische Einrichtung jederzeit zu schützen. Dass 200000 Jüdinnen und Juden Deutschland als ihr zu Hause bezeichnen ist ein immenser Vertrauensbeweis. Zunahme antisemitisch motivierter Straftaten ist schlimm genug, aber schleichender

Diskussionspapiere wurden auf Basis von Expertenäußerungen auf unseren Veranstaltungen oder Treffen erstellt. Deren Namen sind i.d.R. darauf angegeben. Sie stellen nicht unsere Vereinsmeinung dar, erscheinen uns aber für die Meinungsbildung zum jeweiligen Thema interessant.

gesellschaftlicher Prozess, fernab von Strafbarkeit ist ein mindestens ebenso großes Problem. Dass Jüdinnen und Juden überlegen, ob sie noch eine Zukunft in Deutschland haben, geht ins Mark.

Neuer Tätertypus Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus und die Herausforderung für Sicherheitsbehörden

Thomas Haldenwang:

Entwicklung der letzten Jahre: Anschläge weniger zu befürchten aus festen Strukturen und Organisationen heraus, sondern teilweise sehr spontan handelnde Einzeltäter mit einfachen Tatmitteln, ohne Einbindung in Organisation. Möglichkeit diesen Tätertyp früher zu erkennen: schärferes Internet Monitoring, denn diese Täter sind virtuell aktiv.

Rechtlich aktuell starke Beschränkungen. Mehr Möglichkeiten zwar keine Garantie, aber eine Chance. Personalansatz muss ebenfalls deutlich erhöht werden.

Konkret: Online-Durchsuchungen und Trojaner. Aber: Kein Allheilmittel.

Armin Schuster

Behörden bräuchten KI um diesen Einzeltäter-Typus zu entdecken. Präventives Internet Monitoring wäre nötig - Debatte darum ist schwierig. Potentiale werden kaum genutzt. Manuelles Internet Monitoring kaum mehr möglich.

Irene Mihalic

Mechanismen und Vorgehensweise von Tätern muss verstanden werden, bevor man die Debatte über Instrumente führt. Selbst sog. „Einzeltäter“ sind oft vernetzt. Analyse der Netzwerke muss im Vordergrund stehen. Personal muss geschult werden, um Ideologie besser zu erkennen.

Rechtsextreme Strukturen in Polizei und Sicherheitsbehörden

Irene Mihalic

Der Schaden ist enorm und der Vertrauensverlust vorhanden. Man darf aber nicht den Fehler machen und daher kein Vertrauen mehr in Polizei und Behörden haben. Die Sicherheitsbehörden genießen in Deutschland immer noch hohes Ansehen.

Rechtsextreme Aktivitäten müssen beamtenrechtliche bzw. strafrechtliche Konsequenzen haben. Die Führung in den Behörden ist an dieser Stelle gefragt. Ob rechtsextreme Strukturen Einzelfälle sind, oder ob es ein strukturelles Problem gibt, kann aktuell nicht beantwortet werden. Studien und Befragungen sind daher dringend notwendig, um eine Antwort auf diesen Komplex geben zu können.

Thomas Haldenwang

Aufklärung von Strukturen in Behörden laufen auf Hochtouren. Großer Drang Vorgänge vollständig aufzuklären.

Rechtsextremismus und Antisemitismus im Internet**Thomas Haldenwang**

Gute Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden entscheidend. Bei rechtsextremer und nationalsozialistischer Symbolik gibt es teilweise Möglichkeiten einzugreifen. Das Problem sind Grauzonen.

Armin Schuster

Das neue Netzwerkdurchsuchungsgesetz mit der Meldepflicht für strafbare Inhalte bietet neue Möglichkeiten. Es gibt gerade den Plan billigende Äußerungen zu schweren Straftaten unter Strafe zu stellen.

Todeslisten**Armin Schuster**

Die Koalition ist sich grundsätzlich einig, dass solche Listen unter Strafe gestellt werden sollen. Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich intensiv dafür ein.

Irene Mihalic

Zwei Dinge voneinander trennen: was ist strafwürdig und was sind Aspekte der Gefahrenabwehr? Eine Gefahreneinschätzung ist wichtig, die betroffenen Personen müssen verständigt werden. Es braucht eine koordinierte Vorgehensweise der jeweiligen Behörden, damit diese Listen analysiert werden und Gegenmaßnahmen getroffen werden können. Forderung nach einer zentralen Ansprechstelle, an die sich Betroffene melden können.

Rechtsterroristische Netzwerke und Konsequenzen nach dem NSU**Armin Schuster**

Politik und Behörden bearbeiten das Thema intensiv, bis hin zu tiefgreifenden Untersuchungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages. Rechtsterroristische Strukturen werden konsequent verboten.

Irene Mihalic

Aktuelle Bemühungen sind durchaus anerkennenswert. Verbot von Combat 18 kam trotzdem viel zu spät. Es gibt Nachholbedarf in der fundierten Analyse dieser Strukturen.

Wandel in der Bearbeitung des Themas merkbar und gut. Es ist erforderlich, dass das auch so bleiben wird, sollten Straftaten vereinzelt zurückgehen. Ich finde es gut, dass es einen Wandel in der Bearbeitung des Themas gibt; Über Jahrzehnte hinweg Kontinuität des Rechtsextremismus, aber keine in der Bearbeitung.

Volker Weiß

Erstaunt über den Verlauf der Debatte. Rechtsterrorismus kein Problem, das erst seit 2 Jahren existiert. Lange Geschichte rechtsextremer Gewalt und Terrorismus in Deutschland. Kern der Nachricht bezüglich Combat 18 war, dass es eine Organisation gibt, die sich Kampfgruppe Adolf Hitler (Combat 18) nennt, die nicht verboten war. Dass es diese Gruppe wahrscheinlich gibt, war aus Fachzeitschriften durchaus bekannt.

Armin Schuster

Nichterkennen des NSU war systemischer Totalausfall von Behörden über Politik bis hin zu Justiz und Medien, nicht eines einzelnen Akteurs oder einer Partei. Das war übergreifendes Fazit der Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern. Wenn man Tatortländer des NSU analysiert: Es waren alle Parteien an der Regierung. Parteipolitik an dieser Stelle nicht angebracht.

Thomas Haldenwang

Sachverhalt rund um den NSU hat den Verfassungsschutz im Mark erschüttert. Sicherheitsbehörden haben eindeutige Fehler gemacht. Daher wurden vielfältige Reformprozesse eingeleitet; Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Länder, Standards für V-Leute und neue Richtlinien zum Umgang mit Daten, die Vernichtung von Datenbeständen für die Zukunft ausschließt. Islamistischer Terrorismus war zwischenzeitlich aufgrund von Anschlägen das alles beherrschende Thema. Enorme Ressourcen wurden in die Bearbeitung des Themas gesteckt. Bedrohungslage ist auch nach wie vor unverändert. Behörden haben sich aber gut darauf eingestellt.

Mit neuem Personal muss nun auch Rechtsextremismus entschieden bekämpft werden.

Fazit

Wie die Diskussion gezeigt hat, herrscht aktuell eine hohe Bedrohungslage durch Rechtsextremismus und –terrorismus. Dabei ist nicht nur Antisemitismus, auch wenn er aktuell wieder in den Vordergrund rechtsextremer Agitation rückt, eine Gefahr für die freiheitliche Demokratie. Der Aufstieg der sog. „Neuen Rechten“ sorgt für eine Diskursverschiebung bis ins bürgerliche Lager hinein. Die sog. „Neue Rechte“ dient dabei als Stichwortgeber. Verschwörungsmymen der „Neuen Rechten“, wie z.B. der „große Austausch“, finden in Stellungnahmen von Rechtsterroristen immer wieder Erwähnung. Dieser Zusammenhang sollte dringend aufgezeigt werden.

Durch diese Bedrohungslage sind nicht nur die Politik und die Sicherheitsbehörden, sondern auch die Zivilgesellschaft gefragt. Widersprechen und widerlegen ist dabei eine zentrale Möglichkeit.

Ein neuer Tätertypus, der nicht in festen Neonazistrukturen verankert ist, stellt für die Sicherheitsbehörden aktuell eine neue Herausforderung dar. Mehr Kompetenzen in der online-Überwachung könnten mögliche Spielräume eröffnen, solchen Tätern frühzeitig auf die Spur zu kommen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist ein Kampf für die freiheitliche Demokratie!